

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER!

Die Gemeinde ist jene politische Akteurin, die am nächsten an der Lebenswelt der SchülerInnen andockt. Eine Gemeinde besteht nicht nur aus den politischen Strukturen, sie ist auch eine soziale Gemeinschaft und die Heimatgemeinde ist gemeinhin jenes soziale Umfeld, das die Erfahrungswelt der SchülerInnen intensiv mitprägt.

Kinder verfügen schon sehr früh über politische Vorstellungen, bereits in Kindergarten und Volksschule kennen sie bestimmte Grundkonzepte des Politischen, u.a. weil sie in vielfacher Art und Weise mit dem Politischen konfrontiert sind – durch Diskussionen in der Familie, durch die Medien, durch Gesetze und Regeln, an die sie sich halten sollen, durch ihre Lebensumgebung, die von politischen AkteurInnen gestaltet wird.

Umso wichtiger ist es, dass diese Erfahrungen bearbeitet und reflektiert werden und dass Kinder und Jugendliche erkennen, dass die Regelwerke, nach denen unsere Gesellschaft funktioniert, veränderbar und nicht in Stein gemeißelt sind.

Die Fachliteratur erkennt einen Zusammenhang zwischen früherer Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und der späteren Bereitschaft, sich zu engagieren und sich für Politik und Demokratie zu interessieren. Daraus erwächst der Schule eine Verpflichtung, Kinder und Jugendliche mit Beteiligungsmöglichkeiten vertraut zu machen und aufzuzeigen, dass sie ein Recht darauf haben, mit ihren Anliegen Gehör zu finden. Denn

die Schule ist kein geschlossenes System, sie ist eine wichtige Akteurin in ihrer Gemeinde und kann wichtige Impulse für eine lebendige Diskussions- und Demokratiekultur geben.

Kristina Langeder-Höll und Lorenz Prager, Universitätsassistent/in am Institut für Geschichte (Didaktik der Geschichte und Politischen Bildung), haben diese Ausgabe von *polis* aktuell für Sie zusammengestellt. Das Heft enthält einen einführenden Teil zu Aufgaben, Organen und Finanzierung von Gemeinden sowie Blitzlichter mit Daten und Fakten zu österreichischen Gemeinden. Ein zweiter Teil widmet sich den partizipativen Ansätzen einer lebensweltlich orientierten politischen Bildung am Beispiel kommunaler Beteiligungsmöglichkeiten. Ein Praxisleitfaden zur Einbettung von Service-Learning in den Unterricht mit einer Einführung in das Thema Partizipation, einem prototypischen Projektverlauf, methodischen Hinweisen sowie Unterrichts- und Projektideen soll Ihnen Lust darauf machen, die Gemeinde als Lernort zu entdecken.

Wir wünschen Ihnen abwechslungsreiche, gelingende Projekte und Kooperationen in Ihrer Gemeinde und freuen uns wie immer über Ihr Feedback!

Ihr Team von Zentrum *polis*

> service@politik-lernen.at

KINDERRECHTE

polis aktuell 7/2019

- Die Rechte von Kindern und Jugendlichen
 - Die UN-Kinderrechtskonvention
 - Die Umsetzung der Kinderrechte in Österreich und weltweit
 - Kinder und Jugendliche, die für ihre Rechte kämpfen
 - Unterrichtsideen, Materialien, Linktipps
- > www.politik-lernen.at/pa_kinderrechte

DEMOKRATIEVERSTÄNDNIS

polis aktuell 1/2019

- Demokratie messen?
 - Einstellungen zur Demokratie
 - Junge Menschen und Demokratie
 - Arbeiten mit Umfragen und Statistiken
 - Unterrichtsideen, Materialien, Linktipps
- > www.politik-lernen.at/pa_demokratieverstaendnis

PARTIZIPATION VON KINDERN UND JUGENDLICHEN

polis aktuell 4/2012

- Partizipationsbegriff, Stufen und Qualität von Beteiligung
 - Partizipation von Kindern und Jugendlichen als Balanceakt und Kinderrecht
 - Wo und wie können sich junge Menschen beteiligen?
 - Partizipationsfelder
- > www.politik-lernen.at/pa_partizipation

1 DIE GEMEINDE: GRUNDLAGEN

1.1. DEFINITION EINER GEMEINDE

Eine Gemeinde ist im rechtlichen Sinn eine Gebietskörperschaft und die kleinste Verwaltungseinheit innerhalb unseres föderal organisierten Staates. Gemeinden sind allerdings auch als soziale Gemeinschaften zu verstehen, in denen Menschen zusammenleben, gemeinsam Aufgaben bewältigen, Konflikte austragen etc.¹ Gemäß dem *Subsidiaritätsprinzip* – dem Prinzip, demnach eine übergeordnete Machtebene erst dann eingreift, wenn die untergeordnete Ebene eine Aufgabe nicht mehr erfüllen kann – verwalten sich Gemeinden bis zu einem gewissen Grad selbst.

SUBSIDIARITÄTSPRINZIP

Ein Prinzip, das eine möglichst große Eigenverantwortung des Einzelnen, einer Familie oder Gemeinde anstrebt. Demzufolge sollen übergeordnete Ebenen erst dann eingreifen, wenn die untere Ebene ein Problem nicht mehr selbstständig lösen kann.

VERWALTUNG

BUND

BUNDESLAND

GEMEINDE

Abbildung: Gewaltenteilung

- 1 Hans-Georg Wehling, Kommunalpolitik. In: Dieter Nohlen, Florian Grotz (Hg.), Kleines Lexikon der Politik (München 2011) 304-309.
- 2 Kärnten, Burgenland, Salzburg, Vorarlberg, Oberösterreich und Tirol. Siehe: Kärntner Landtag, BürgermeisterIn, online unter: <https://plattform-politische-bildung.at/diegemeinde/buergermeisterin> (1.2.2021).
- 3 Gisela Riescher, Subsidiaritätsprinzip. In: Dieter Nohlen, Florian Grotz (Hg.), Kleines Lexikon der Politik (München 2011) 613f.
- 4 Kärntner Landtag, Gebietskörperschaft Gemeinde, online unter: <https://plattform-politische-bildung.at/die-gemeinde> (1.2.2021).

Diese Selbstverwaltung entlastet den Bund sowie die Bundesländer und bietet die Möglichkeit einer direkten Mitbestimmung auf kommunaler Ebene, beispielsweise durch Mittel der direkten Demokratie, durch Wahlen zum Gemeinderat sowie in sechs Bundesländern² die direkte Wahl der BürgermeisterInnen.³ Formal wird zwischen Gemeinden, Marktgemeinden und Stadtgemeinden unterschieden. Diese Titulierung hat allerdings, mit Ausnahme von Städten mit eigenem Statut, keine rechtliche Auswirkung.

Bei dem bereits erwähnten Föderalismus handelt es sich um die Organisationsform eines Staates, die vor allem zwei Funktionen erfüllen soll: Machtaufgliederung mittels vertikaler Gewaltenteilung (siehe Abbildung Gewaltenteilung) und ökonomische wie auch politische Integration unterschiedlicher Gebiete unter Wahrung einer möglichst großen Autonomie. Vereinfacht ausgedrückt: die Ermöglichung von Vielfältigkeit unter Wahrung einer gewissen Einheit.

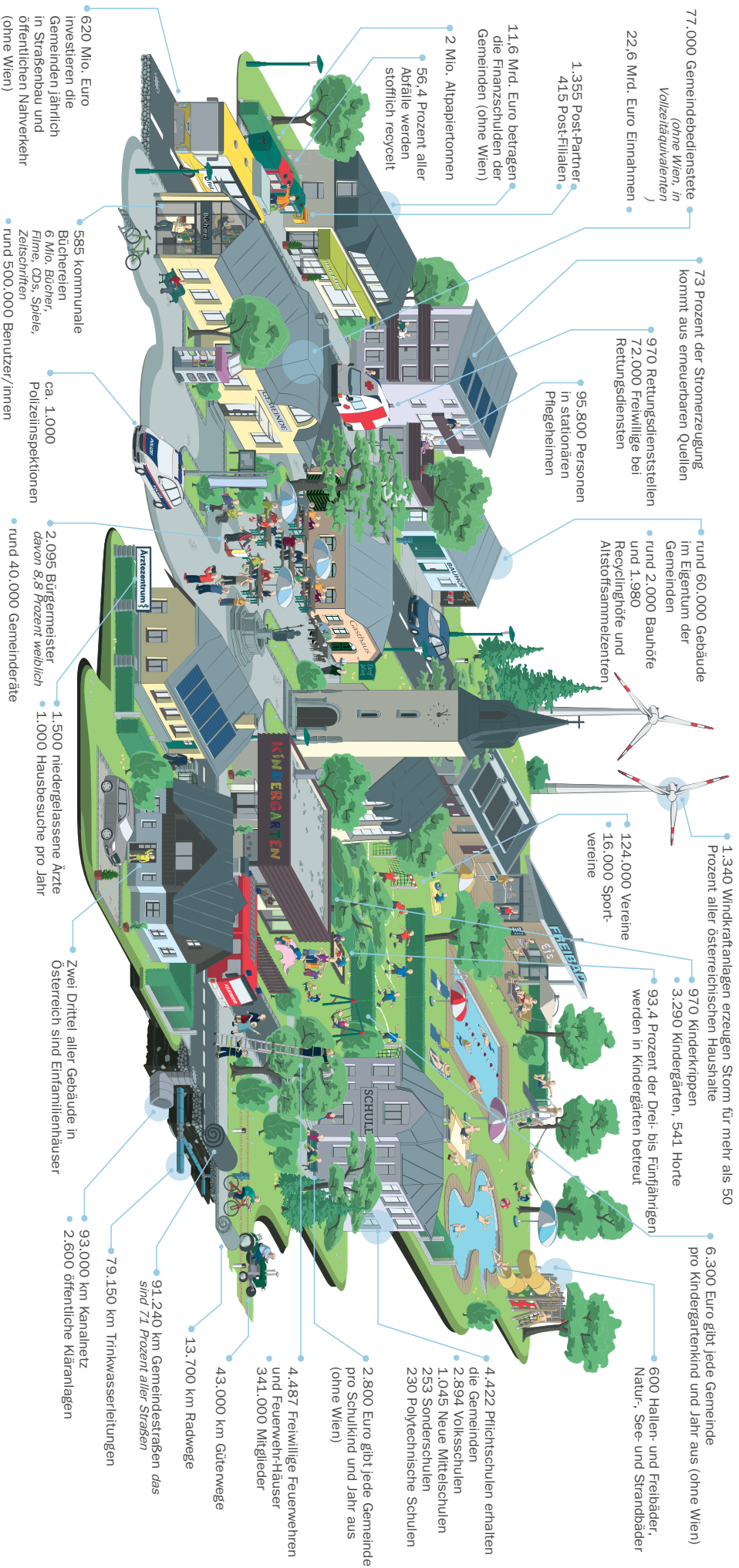
1.2. AUFGABEN VON GEMEINDEN

Die Aufgaben von Gemeinden unterteilen sich in den eigenen Wirkungsbereich, den freiwilligen Bereich – in diesen beiden ist die Gemeinde nicht weisungsgebunden, kann also unabhängig agieren, solange sie nicht gegen geltendes Recht verstößt – sowie den übertragenen Bereich. Bei letzterem werden Aufgaben von Bundes- oder Landesebene auf die Gemeinde übertragen wie beispielsweise die Durchführung von Wahlen. Hier sind die Gemeinden weisungsgebunden, sprich nur als vollziehende und nicht als gestaltende Akteurinnen tätig.⁴ Die legislative Grundlage dafür ist das Bundesverfassungsgesetz.

WICHTIGE AUFGABEN VON GEMEINDEN

- Bauwesen und Raumplanung
- Rettungswesen, Brand- und Katastrophenschutz
- Wasser-, Strom- und Gasversorgung
- Straßenbau und Instandhaltung
- Erhaltung von Pflichtschulen
- Müllabfuhr
- Förderung von Kunst und Kultur
- Gestaltung von Sport- und Freizeitangeboten
- Gesundheitsbehörde auf lokaler Ebene

Was unsere Gemeinden leisten...



www.gemeindebund.at



Diese Grafik ist urheberrechtlich geschützt. Änderungen und Schwereung nur mit Zustimmung des gemeindebundes.
Stand: Mitte 2020

> QUELLENTIPP

Rechtsgrundlage der kommunalen Selbstverwaltung: Bundesverfassungsgesetz Paragrafen 115 bis 120c online unter:

www.ris.bka.gv.at/NormDokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000138&FassungVom=2020-12-22&Artikel=115&Paragraf=&Anlage=&Uebergangsrecht=

Ausgewählte Paragrafen:

- § 115 Begriffsklärung, Gemeinde- und Städtebund als Interessenvertretung
- § 116 Gemeinde als Gebietskörperschaft
- § 117 Organe der Gemeinde
- § 118 eigener und übertragener Wirkungsbereich, Aufgaben der Gemeinde
- § 119 Zuständigkeiten und Abläufe im übertragenen Wirkungsbereich
- § 119a Kontrolle der Gemeinde

1.3. DIE ORGANE DER GEMEINDE

Die oben genannten Aufgaben werden von den Organen der Gemeinde erledigt. Dazu zählen

- der Gemeinderat,
- der Gemeindevorstand und
- der/die BürgermeisterIn.

Sie werden von den MitarbeiterInnen des Gemeindeamts bei ihren Tätigkeiten unterstützt.

Den **Gemeinderat** könnte man mit dem Nationalrat auf Bundesebene vergleichen. Er wird periodisch gewählt und ist das höchste Gemeindeorgan. Der Gemeinderat erlässt Verordnungen in öffentlichen wie auch nicht öffentlichen Sitzungen und lässt sich von Ausschüssen zu bestimmten Themen beraten.

Der **Gemeindevorstand** wäre im Sinne des zuvor bemühten Vergleichs die Regierung. Er wird vom Gemeinderat gewählt. Mitglieder des Gemeindevorstands – in Gemeinden mit Stadtrecht auch Stadträte genannt – sind der/dem BürgermeisterIn gegenüber weisungsgebunden und werden mit Aufgaben in den Bereichen Finanzen, Prüfung der Gemeinde, Bauangelegenheiten, Bildung, Kultur, Sport, Personalangelegenheiten betraut. Zum

Beispiel ist der/die Kulturstadtrat/rätin mit der Planung und Organisation von Kulturveranstaltungen betraut.

Der/die **BürgermeisterIn** repräsentiert die Gemeinde nach außen, ist direkt oder vom Gemeinderat gewählt und hat den Vorsitz im Gemeinderat sowie Gemeindevorstand. Im Krisenfall ist er/sie mit Notfallkompetenzen ausgestattet und kann sogar eine beschränkte Zahl an Soldaten und Soldatinnen des österreichischen Bundesheeres anfordern.

1.4. DIE FINANZIERUNG DER GEMEINDE

Die Finanzierung von Gemeinden erfolgt mittels Jahresbudgets, die im Gemeinderat beschlossen werden. Die Einnahmen kommen entweder aus dem allgemeinen Steuertopf des Bundes über den Finanzausgleich – ein Verfahren, bei dem aufgrund der Größe, der Bevölkerungsanzahl und der Aufgaben einer Gemeinde Ertragsanteile an den Bundeseinnahmen festgelegt werden – oder aus Gemeindesteuern beziehungsweise -gebühren. Der Unterschied zwischen Letzteren besteht darin, dass Steuern, wie beispielsweise die Kommunalsteuer, von allen Betroffenen gleichermaßen eingehoben werden. Gebühren hingegen werden für konkrete, eine Person oder einen Haushalt betreffende Gegenleistungen wie die Wasserversorgung oder die Kanalnutzung in Rechnung gestellt. Ein eigener Ausschuss des Gemeinderats, der Prüfungsausschuss, überwacht die Bilanzierung. Diese Kontrollfunktion wird stichprobenartig oder anlassbezogen ebenfalls durch den Landes- oder Bundesrechnungshof ausgeübt.

1.5. HISTORISCHER ÜBERBLICK ZUR KOMMUNALEN SELBSTVERWALTUNG | DIE JÜNGERE GESCHICHTE DER GEMEINDE

Die Selbstverwaltung von Gemeinden steht in der Tradition spätmittelalterlicher freier Städte. Das erste Gesetz, das autonome Gemeinden auf dem Gebiet Österreichs festschrieb, war das Provisorische Gemeindegesetz vom 17. März 1849. Dessen Inhalt speiste sich aus den Forderungen nach mehr politischer Mitbestimmung des Bürgertums aus der bürgerlichen Revolution von 1848.

Nach den mit dem Neoabsolutismus verbundenen Rückschlägen für die Forderungen der RevolutionärInnen setzte sich die Selbstverwaltung der Gemeinden mit dem Reichsgemeindegesetz vom 5. März 1862 endgültig durch. Darin waren die Unterscheidung zwischen selbstständigen und übertragenen Aufgaben sowie die periodische Wahl von Vertretungsorganen der Gemeinde festgehalten.

Diese Bestimmungen wurden in der Ersten Republik vorerst kaum verändert, außer dass sie mit dem B-VG

1920 in den Verfassungsrang erhoben wurden. Mit dem Inkrafttreten der Bundesverfassung aus der Feder Hans Kelsens vollzog sich auch die Herauslösung Wiens aus Niederösterreich, das fortan als eigenes Bundesland und größte Gemeinde Österreichs existierte.⁵

In den 1930er-Jahren wurde die Autonomie der Gemeinden zuerst durch den Austrofaschismus 1934 und darauffolgend durch den Nationalsozialismus 1938 beschnitten. Die am 1. Oktober 1938 in Kraft getretene Deutsche Gemeindeordnung war vom „Führerprinzip“ geprägt, wobei die BürgermeisterInnen bestellt und nicht gewählt wurden. Gemeinden wurden so zu einem wesentlichen Schauplatz der NS-Verbrechen, die beispielsweise Enteignungen oder Deportationen auf lokaler Ebene unterstützten oder sogar umsetzten.⁶

Nach der Befreiung Österreichs wurden im vorläufigen Gemeindegesetz von 1945 zahlreiche Rechtsvorschriften aus den Jahren 1862 bis 1938 wieder in Kraft gesetzt, was zu einer unübersichtlichen Gesetzeslage führte, die 1962 mit der Gemeindeverfassungsnovelle bereinigt wurde.⁷

1.6. DIE GEMEINDEN IM EUROPÄISCHEN KONTEXT

Auf EU-Ebene kam es mit der Unterzeichnung der **Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung** 1985 – die 1988 in Kraft trat – zu einer Stärkung der Gemeinden. Ihre Ratifizierung im Jahre 1987 durch die Republik Österreich soll die Rechte der Gemeinden und ihrer Vertretungsorgane schützen, um dadurch sicherzustellen, dass BürgerInnen an Entscheidungsprozessen, die ihren unmittelbaren Lebensraum betreffen, partizipieren können.⁸

Die Bundesländer und Gemeinden Österreichs sind in Anliegen mit Bezug auf die Europäische Union durch 12 Mitglieder und 12 StellvertreterInnen im **Ausschuss der**

Regionen vertreten. Die Bundesländer können jeweils ein Mitglied, Städte- und Gemeindebund insgesamt drei Mitglieder einbringen. Insgesamt umfasst der Ausschuss 329 Mitglieder aus allen 27 Mitgliedsländern der EU.⁹ Diese tagen fünf bis sechsmal pro Jahr in Brüssel und verabschieden politische Prioritäten sowie Stellungnahmen zu Rechtsvorschriften der Europäischen Union. Es handelt sich also primär um ein beratendes Organ.

Die **EU Regionalpolitik** zielt auf eine Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts zwischen den einzelnen Mitgliedsländern ab. Dies soll durch eine Förderpolitik erreicht werden, die sich am Grad der Entwicklung – respektive dem BIP (Bruttoinlandsprodukt) – orientiert und weniger entwickelte Regionen stärker unterstützt, um so das Wohlstandsgefälle innerhalb der Union zu verkleinern. Die geförderten Projekte sollen außerdem eine Aufwertung der regionalen und lokalen Ebene zur Folge haben, was durch folgende Grundsätze abgesichert werden soll:

- funktionale und räumliche Konzentration der Fördermittel auf bestimmte Problemregionen,
- Partnerschaft mit regionalen und lokalen AkteurInnen, inklusive Wirtschaftsverbänden und Unternehmen,
- Fokus auf umfassende und längerfristige Programme unter Ko-Finanzierung seitens der EU und des Bundes, der Bundesländer bzw. der Gemeinden.¹⁰

Über den **Europäischen Fonds zur Regionalen Entwicklung** sind beispielsweise zwischen den Jahren 2014 und 2020 im Rahmen des Projekts „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ mehr als 2 Milliarden Euro in regionale Projekte geflossen.¹¹

5 Franz Fallend, Armin Mühlböck, Elisabeth Wolfgruber, Die österreichische Gemeinde. Fundament oder „Restgröße“ im Mehrebenensystem von Kommunen, Ländern, Bund und Europäischer Union? In: Forum Politische Bildung (Hg.), Regionalismus, Föderalismus, Supranationalismus (Wien/Innsbruck 2001) 45-61, hier: 46.

6 Jens Hildebrandt, Geschichte der kommunalen Selbstverwaltung, online unter: www.bpb.de/izpb/257298/geschichte-derkommunalen-selbstverwaltung?p=all (1.2.2021).

7 Fallend, Mühlböck, Wolfgruber, Die österreichische Gemeinde, hier: 46.

8 Wikipedia, Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung, online unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Charta_der_kommunalen_Selbstverwaltung (1.2.2021).

9 Europäischer Ausschuss der Regionen, Die Versammlung der Regional- und Kommunalvertreter der EU. Mitglieder online unter: <https://cor.europa.eu/de/members/Pages/default.aspx> (1.2.2021).

10 Fallend, Mühlböck, Wolfgruber, Die österreichische Gemeinde, hier: 58.

11 EFRE, Europa fördert die Regionen, online unter: www.efre.gv.at/Kampagne2020?gclid=EA1aIQobChMI36SV7dnh7QIVGM53Ch3TdQy7EAAYASAAEgKk_D_BwE (1.2.2021).

DIE ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEN – DATEN, ZAHLEN, FAKTEN



- Anzahl der Gemeinden in Österreich im Juli 2020: **2.095**
- Kleinste Gemeinde: Gramais mit **42** EinwohnerInnen
- Größte Gemeinde: Wien mit **1,908.104** EinwohnerInnen
- Bundesland mit den meisten Gemeinden: Niederösterreich, **573** (Stand Jänner 2020)
- Bundesland mit den wenigsten Gemeinden: Vorarlberg, **96**
- Durchschnittliche Anzahl an EinwohnerInnen pro Gemeinde (ohne Wien): **3.306** (Stand Jänner 2020)

Daten aus: Österreichischer Gemeindebund, *Das wussten Sie noch nicht*, online unter:
<https://gemeindegund.at/themen-zahlen-und-fakten-das-wussten-sie-noch-nicht> (1.2.2021).



- | | |
|--------------------------------------|---|
| ■ 88.700 km Straße | ■ 72.000 Freiwillige bei Rettungsdiensten |
| ■ 2 Millionen Altpapiertonnen | ■ 341.000 Frauen und Männer bei der Freiwilligen Feuerwehr |
| ■ 43.000 km Güterweg | ■ 60.000 Gebäude im Eigentum der Gemeinden |
| ■ 13.700 km Radwege | ■ 3.290 Kindergärten |
| ■ 79.150 km Wasserleitung | ■ 4.422 Pflichtschulen |
| ■ 93.000 km Kanal | ■ 124.000 Vereine |



Daten: Österreichischer Gemeindebund (Stand Mitte 2020):
<https://gemeindegund.at/buergermeister-und-buergermeisterinnen-was-unsere-gemeinden-leisten/> (1.2.2021).

- Jüngste Bürgermeisterin: **Bernadette Schöny**, geboren 1992, Marktgemeinde Kaltenleutgeben NÖ
- Jüngster Bürgermeister: **Michael Eibl**, geboren 1997, Gemeinde Windischgarsten OÖ
- Dienstälteste Bürgermeisterin: **Lisbeth Kern**, seit 24 Jahren im Amt
- Dienstältester Bürgermeister: **Georg Bantel**, seit 38 Jahren im Amt
- Frauenanteil: Von **2.095** BürgermeisterInnen sind **9,2 Prozent weiblich**.

Daten: Österreichischer Gemeindebund, *Wissenswertes über unsere BürgermeisterInnen* (Stand Oktober 2020):
<https://gemeindegund.at/buergermeister-und-buergermeisterinnen> (1.2.2021).



> LESETIPPS

Zu aktuellen Aspekten der Kommunalpolitik wie Gemeinden und Corona oder Digitalisierung: Österreichischer Gemeindebund, *Kommunaler Zukunftsbericht 2020*, online unter:

https://gemeindegund.at/website2020/wp-content/uploads/2020/11/gb_zukunftsbericht_2020_web.pdf
(1.2.2021)

Detaillierte Beschreibung von Gemeinden mit Praxisbeispielen wie dem Haushalt der Gemeinde Vigaun 1998 oder dem Finanzausgleich im Jahre 2000:

Franz *Fallend*, Armin *Mühlböck*, Elisabeth *Wolfgruber*, **Die österreichische Gemeinde. Fundament oder „Restgröße“ im Mehrebenensystem von Kommunen, Ländern, Bund und Europäischer Union?** In: Forum Politische Bildung (Hg.), *Regionalismus, Föderalismus, Supranationalismus* (Wien/Innsbruck 2001) 45-61.

2 DIE FALLSTUDIE PURKERSDORF

INTERVIEW MIT EINEM VIZEBÜRGERMEISTER a.D.

Christian Matzka ist Lehrender an der KPH Wien/Krems und hält über den Verbund Nord-Ost an der Universität Wien Lehrveranstaltungen für Studierende im Unterrichtsfach Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung. Er war Mitglied des Gemeinderats von Purkersdorf in den Jahren 2000 bis 2018 und Vizebürgermeister sowie Stadtrat für Kultur und Wissenschaft von 2010 bis 2018. Darüber hinaus ist er Obmann des Stadtverschönerungsvereins in Purkersdorf. Lorenz Prager hat mit ihm über Beteiligungsprojekte gesprochen.



Herr Dr. Matzka, welche Projekte gab es unter Beteiligung der Gemeinde Purkersdorf und Schulen oder Kindergärten während Ihrer aktiven Zeit in der Kommunalpolitik?

Eine Menge, das muss man zunächst etwas strukturieren und differenzieren. Ich würde da einmal mit einer Kooperation zwischen einer Kollegin, die als Lehrerin für Geschichte und Politische Bildung am Gymnasium Purkersdorf tätig war, und der Gemeinde beginnen. Das Projekt **Lichter für den Frieden** fand 2009 statt und baute auf „a letter to the stars“ (Anm. d. A.: Erinnerungskulturelles Projekt zum Jahr 1938) auf. Die 8er- und 9er-Jahre sind in der Erinnerungskultur ja durch die Novemberpogrome 1938 und den Mauerfall 1989 geprägt. Diese Inhalte wurden mit der Gedenk- und Erinnerungslandschaft Purkersdorfs verknüpft. Der zentrale Erinnerungsort ist dabei der Friedhof mit den Kriegerdenkmälern für die Gefallenen des Ersten und Zweiten Weltkrieges, dem Denkmal für Opfer des Jahres 1945 (das ich aufgrund der Vermischung von zivilen Toten, Toten der Wehrmacht und SS sowie Selbst- und Kindermorden bekennder NationalsozialistInnen im April 1945 sehr kritisch betrachte), dem Holocaust-Gedenkstein, dem Denkmal für die vertriebenen Brünnler-Deutschen und dem Friedhof für die sowjetischen Soldaten. An diesen Orten der Erinnerung wurden von SchülerInnen und Lehrkräften Texte verlesen, zum Beispiel am Holocaust-Gedenkstein zu den Purkersdorfer Opfern der Shoah. Auch der evangelische und der katholische Pfarrer, der

Bürgermeister und ich haben gesprochen. Das Ziel des Projekts war es, die Erinnerungsorte aktiv zu thematisieren und im Sinne Aleida Assmans ein inklusives bzw. gemeinsames Erinnern zu fördern, was, wie ich finde, auch gut gelungen ist.

Zu den Kindergärten: Es gibt da den **Landeskindergarten Nummer 4**. Die Nummerierung bezieht sich auf deren Entstehungsgeschichte, ich bin als Kind vor 60 Jahren noch in den Einser gegangen. Jedenfalls wurde der Vierer in den frühen Nuller-Jahren errichtet. Er ist deshalb besonders, weil ihn die Gemeinde im Sozialzentrum Senecura eingemietet hat. Das heißt, der Kindergarten befindet sich quasi im Pflege- und Altersheim. Es ist ein generationenübergreifendes Projekt. Wenn die alten Menschen im Garten spazieren gehen, treffen sie auf die spielenden Kinder und umgekehrt. Auch der gemeinsame Streichelzoo ist bei Jung wie Alt beliebt. Dieser Austausch zwischen den Generationen macht es für mich zu einem ganz tollen Projekt.

Generationen ist eigentlich ein gutes Stichwort. Da gibt es noch das **Projekt Generationenwald im Naturpark Purkersdorf**. Der Naturpark Purkersdorf-Sandsteinwienerwald besteht seit 1975 und ist neben der Volksschule, der Mittelschule, dem Gymnasium, dem Sonderpädagogischen Zentrum und der Gemeinde Purkersdorf Partner in diesem Projekt zur nachhaltigen Aufforstung. Der Generationenwald entsteht, indem die Kinder im Klassenverband kommen und Bäume pflanzen. Die Mischwaldstücke werden dann mit Täfelchen

markiert. So kann man dann „seinen“ Bäumen beim Wachsen zusehen. Nach einer bestimmten Zeit werden die Bäume dann auch wieder geschlägert und das Holz verkauft. Das ist durchaus im Sinne des Projekts, weil es darum geht, die unterschiedlichen Funktionen des Waldes wie die Erholungs- oder die Umweltfunktion, aber eben auch die ökonomische Funktion deutlich zu machen. Mich hat es ganz besonders gefreut, dass dieses Projekt seitens der UNESCO 2014 als Dekadenprojekt ausgezeichnet wurde und ich als Vizebürgermeister sogar den Preis entgegennehmen durfte.

Zum Thema politische Partizipation: Können Kinder und Jugendliche in der Gemeinde Purkersdorf mitbestimmen? Gab bzw. gibt es einen Jugendgemeinderat?

Einen **Jugendgemeinderat** im Sinne eines Gremiums, das institutionell verankert ist, gab und gibt es nicht. Seit 2013 gibt es in Niederösterreich in jeder Gemeinde ein Mitglied, das die Anliegen der Jugendlichen vertreten sollte; sie oder er wird als Jugendgemeinderätin beziehungsweise -rat bezeichnet.

Über diesen wurden ebenfalls Projekte realisiert, wie beispielsweise eine Kooperation mit dem von der Gemeinde geführten Jugendzentrum Purkersdorf. Auf Wunsch der Jugendlichen wurde Material für einen **Skaterpark** angekauft, der dann von den Jugendlichen selbst errichtet wurde, was ich übrigens sehr beeindruckend fand.



Der Skaterpark von Purkersdorf. © Christian Matzka

Was es allerdings gab, war der **Kindergemeinderat**. Bei diesem Projekt haben die Kinder der dritten Volksschulklassen mit einer Lehrerin und einem vom Land Niederösterreich zur Verfügung gestellten Projektkoordinator Politische Bildung mit aktiver Partizipation verbunden. Das begann damit, dass Kinder einen Einblick in die Kommunalpolitik bekommen haben. Im Zuge dessen bin ich von ihnen befragt worden, was ich da eigentlich so tue und zum Beispiel, ob ich als Vizebürgermeister eigentlich nur Witze erzähle. Danach haben sie Planungen

erstellt, was sie in Purkersdorf verändern wollen, sich wünschen etc. Diese Ideen wurden dann beim eigens einberufenen Kindergemeinderat präsentiert. Um 19 Uhr begannen normalerweise bei uns die Gemeinderatssitzungen und um 18 Uhr begann der Kindergemeinderat. Die Kinder, ihre Lehrerin, der Projektleiter, alle Mitglieder des Gemeinderats, das Lokalfernsehen, die Presse, der Bürgermeister und ich – also das volle Aufgebot – waren da. Dann haben die Kinder ihre Vorschläge mit Hilfe von Postern auf Pinnwänden präsentiert und erklärt. Das waren sehr interessante und kreative Ideen, zum Beispiel wollte eine Gruppe eine riesige Glaskugel aufstellen lassen. Der Gemeinderat hat einen dieser Vorschläge ausgewählt und umgesetzt, nämlich die **Errichtung eines Spielplatzes**, so wie das die Kinder geplant haben. Die Einweihung des Spielplatzes mit den Kindern gemeinsam war eine helle Freude.

Als abschließende Frage, was war das größte Projekt im Bereich Jugend und Bildung, das während ihrer aktiven Zeit realisiert wurde?

(lacht) Gute Frage, ich würde sagen, der **Neubau des Gymnasiums Purkersdorf**. Das Gymnasium an sich ist eine besonders interessante Geschichte, denn dafür ist ja normalerweise der Bund zuständig und das Land höchstens im übertragenen Wirkungsbereich. Das Purkersdorfer Gymnasium ist so gesehen recht unkonventionell entstanden, weil es von der Stadtgemeinde als Privatschule im Jahr 1996 mit zwei Klassen gegründet wurde. Das ist ähnlich wie bei den meisten katholischen Privatschulen organisiert worden. Eine Privatschule mit Öffentlichkeitsrecht und vom Bund bezahlten LehrerInnen, alles andere – das Gebäude, die Erhaltung, die Ausstattung, das nicht lehrende Personal – bezahlte die Gemeinde. Außerdem wurde vereinbart, dass der Bund die Schule übernimmt, wenn die Gemeinde innerhalb einer bestimmten Frist ein neues Gebäude baut. Im Jahr 2002 war es dann soweit, das neue Gebäude war fertig gestellt. Die Gemeinde hat ein Grundstück, das bis heute ihr gehört, sowie ein komplett ausgestattetes neues modernes Schulgebäude bereitgestellt. Das Haus galt als die modernste Schule Österreichs, laut einem Trend-Artikel 2002. Jede Klasse verfügte bereits über einen Internetanschluss etc., also wirklich tiptopp. Was bei Bundesschulen ja nicht so üblich ist, da müssen Lehrkräfte mit Budgetmitteln ein leeres Gebäude einrichten, das habe ich selbst 1989 in der Bergheidengasse in Wien erlebt. Jedenfalls hat der Bund die Schule wie geplant übernommen und Purkersdorf hatte ein Gymnasium. Ich finde, dieses Beispiel zeigt anschaulich, wie man in der Kommunalpolitik kreativ Projekte umsetzen kann, auch wenn etwas nicht ursächliche Aufgabe der Gemeinde, aber für die Entwicklung der Gemeinde unabdingbar ist.

3 SCHULEN UND GEMEINDEN: PARTIZIPATIVE ANSÄTZE LEBENSWELTLICH ORIENTIERTER POLITISCHER BILDUNG

Die bisherigen Ausführungen verdeutlichen, dass dem kommunalen Raum als unmittelbarem Lebensumfeld von SchülerInnen eine besondere Bedeutung für die Politische Bildung zukommt. Hier machen junge Menschen ihre ersten Erfahrungen mit dem Politischen und werden mit für ihren Alltag relevanten, ganz konkreten Problemen und Konflikten konfrontiert, die es auszuhandeln gilt.¹²

Im Sinne einer subjekt- und lebensweltlich orientierten Politischen Bildung erscheint es daher naheliegend, die Gemeinde und die darin angesiedelten AkteurInnen – zu denen etwa auch Unternehmen, Vereine oder Einrichtungen wie das Seniorenheim zählen – zum Gegenstand der Auseinandersetzung zu machen. Die möglichen Formen und Methoden sind dabei vielfältig und können neben einem gemeinsamen Besuch von Gemeindeinstitutionen, der Simulation von Gemeinderatssitzungen über Planspiele und Konfliktanalysen bis hin zu projektorientierten Rechercheaufgaben reichen (s. Unterrichtsimpulse ab S. 19).

Dabei geht es neben der kognitiven Auseinandersetzung mit Inhalten auch darum, mit demokratischen Einrichtungen und Abläufen vertraut zu werden.

Die damit verbundenen Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kenntnisse – wie etwa demokratische Werte anzuerkennen, eigene Interessen einzubringen, sich auch für andere einzusetzen sowie unterschiedliche Meinungen tolerieren und Konflikte konstruktiv aushandeln zu können – müssen sich kontinuierlich entwickeln und permanent reflektiert werden.

Partizipative Ansätze ermöglichen es, diese Kompetenzen durch unmittelbares Erfahren und Erleben zu stärken.

Werden junge Menschen in Gemeindeentwicklungsprozesse einbezogen, können sie reales politisches Handeln ausprobieren anstatt nur darüber zu lernen oder es zu simulieren. Sie erleben sich als aktiv Handelnde, übernehmen Verantwortung und identifizieren sich stärker mit ihrem Umfeld. Das erscheint besonders deshalb relevant, weil junge Menschen zunehmend eine Distanz zu politischen Institutionen und Parteien empfinden und insbesondere bildungsbenachteiligte Jugendliche oftmals kaum Bezüge zwischen politischen Themen und ihrer Lebenswelt herstellen können.¹³ Häufig wird jungen Menschen deshalb ein politisches Desinteresse unterstellt und das Recht abgesprochen, sich im öffentlichen Raum politisch zu artikulieren. Diese Zuschreibungen treffen allerdings nur bedingt zu, denn Jugendliche zeigen ein steigendes Interesse an Politik – allerdings abseits formaler Institutionen.¹⁴

Je früher SchülerInnen die Erfahrung machen, dass ihre Stimme geschätzt und gehört wird, desto eher wird die Bedeutung des Politischen für ihre Lebenswelt erkennbar und ihre Selbstwirksamkeit gestärkt.

Partizipation kennt daher auch keine Altersgrenze: Bereits jüngere Kinder können etwa bei der Planung von Spielplätzen miteinbezogen werden, wengleich hier auf die entwicklungspsychologischen Voraussetzungen Rücksicht zu nehmen ist. Dadurch werden auch unterschiedliche Bevölkerungsgruppen in einen engeren Austausch gebracht, der gegenseitige Anerkennung und das Verständnis füreinander fördern kann.¹⁵

12 Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Lernort Kommune. Schule und kommunale Jugendbeteiligung (Stuttgart 2020) 8f.

13 Wiebke Kohl, Marc Calmbach, Unsichtbares Politikprogramm? Lebenswelten und politisches Interesse von „bildungsfernen“ Jugendlichen. In: Benedikt Widmaier, Frank Nonnenmacher (Hg.), Unter erschwerten Bedingungen. Politische Bildung mit bildungsfernen Zielgruppen (Schwalbach/Ts. 2012) 17-26, hier: 21.

14 Klaus Farin, Jugend – Politik – Partizipation. In: Moritz Peter Haarmann, Steve Kenner, Dirk Lange (Hg.), Demokratie, Demokratisierung und das Demokratische. Aufgaben und Zugänge der Politischen Bildung (Wiesbaden 2020) 129-138, hier: 129ff.

15 Partizipation & Nachhaltige Entwicklung in Europa. Informationswebsite des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK), Kinder- und Jugendpartizipation, online unter www.partizipation.at/kinder_und_jugend.html (1.2.2021).

3.1. FORMEN UND MÖGLICHKEITEN DER JUGENDBETEILIGUNG

Jugendpartizipation ist vielfältig und kann ganz unterschiedlich ausgestaltet werden. Eine gängige Unterscheidung, die auch der Verein beteiligung.st beschreibt, differenziert je nach Dauer, Art der Einbindung und Verbindlichkeit zwischen parlamentarischen/repräsentativen, offenen und projektorientierten Formen.¹⁶

Parlamentarische und repräsentative Formen sind strukturell im politischen System verankert. Sie funktionieren meist nach dem StellvertreterInnenprinzip und zeichnen sich durch Kontinuität aus, wodurch längerfristige Beteiligungsmöglichkeiten etabliert werden können. Als Beispiel können Kinder- und Jugendparlamente oder Kinder- und Jugendgemeinderäte genannt werden, die in vielen österreichischen Gemeinden bereits existieren. Dabei werden alle interessierten Kinder einer bestimmten Altersgruppe eingeladen, ihre Ideen einzubringen und zu bearbeiten. Es sind dafür keinerlei Vorerfahrungen notwendig.

Offene Formen eröffnen einen möglichst inklusiven Raum, in dem alle interessierten Jugendlichen ihre Meinungen und Bedürfnisse (z.B. gegenüber PolitikerInnen) äußern können. Als Beispiele lassen sich etwa Jugendkonferenzen, Diskussionsrunden oder persönliche Gespräche anführen. Eine besonders vielfältig einsetzbare und hierarchiearme Methode ist jene des Open Space: Sie eignet sich vor allem dafür, mit vielen Beteiligten unterschiedlicher Backgrounds zu verschiedenen Themenschwerpunkten zu arbeiten. Im Rahmen einer Veranstaltung wird dabei ein Hauptthema festgelegt, das von den TeilnehmerInnen in Einzelthemen gegliedert und in Workshops weiter bearbeitet wird. Durch das gemeinsame Entwickeln von weiteren Ideen und Lösungsvorschlägen können nachhaltige Prozesse in der Schule, in der Gemeinde oder im Jugendzentrum angeregt werden. Offene Formen finden nicht regelmäßig statt.

Projektorientierte Formen sind thematisch und zeitlich klar abgegrenzt und werden durch ein Produkt oder

ein Ereignis abgeschlossen. Junge Menschen können in unterschiedlicher Form und in unterschiedlichem Ausmaß in allen Projektphasen eingebunden werden, sofern sie freiwillig daran teilnehmen. Beispiele sind das gemeinsame Entwickeln von Leitbildern, Spielplatzplanungen oder die vom Verein beteiligung.st entwickelte Methode der Beteiligungswerkstatt, bei der Jugendliche als ExpertInnen für ihre Lebenswelt anerkannt, ihren Bedürfnissen und Ideen entsprechend aktiv in das Gemeindeleben eingebunden werden und Projekte umsetzen.¹⁷

Da die Grenzen zwischen diesen Formen fließend sind, finden in der Praxis häufig *Mischformen* Anwendung.

3.2. GELINGENSAKTOREN FÜR PARTIZIPATION

Wenngleich es kein Patentrezept für Jugendpartizipation gibt, so lassen sich dennoch einige Faktoren für gelingende Schule-Gemeinde-Kooperationen herausstellen. Erstens ist es wichtig, einen Erfahrungsraum zu eröffnen, der auch außerhalb klassischer schulischer Logiken angesiedelt ist: Projektorientierung und das Abweichen vom 50-Minuten-Takt, die Ausweitung des Lernortes über das Klassenzimmer hinaus sowie ein konsequenter Lebensweltbezug gelten als lernförderliche Aspekte.¹⁸ Die Jugendlichen sollen sich selbst als aktiv Handelnde erleben und möglichst selbstbestimmt Aktionen und Projekte planen, durchführen und reflektieren können. Für Schulen bietet es sich in diesem Sinne an, verschiedene kommunale AkteurInnen und Stakeholder wie etwa SozialarbeiterInnen, PolitikerInnen etc. einzubinden.

Zweitens ist es wichtig, dass echte Partizipation ermöglicht wird und die Bildungsräume möglichst empowernd, „d.h. ermächtigende und den Grad der Autonomie und Selbstbestimmung erhöhende Lern- und Bildungsangebote“¹⁹ sind. Jugendliche merken sehr schnell, ob seitens der EntscheidungsträgerInnen tatsächlich Macht und Verantwortung abgegeben wird oder es sich um eine Alibiaktion handelt. Mithilfe der Partizipationspyramide²⁰ lässt sich etwa Scheinpartizipation aufdecken und vorbeugen.

16 Verein beteiligung.st, Beteiligung/Partizipation, online unter www.beteiligung.st/jugend/Site/1beteiligung.st/Beteiligung-Partizipation (1.2.2021).

17 Verein beteiligung.st, Beteiligungswerkstatt, online unter www.beteiligung.st/de/content/download/5972/32040/version/1/file/Angebot_Beteiligungswerkstatt+Mitmischen+vor+Ort.pdf (1.2.2021).

18 Alexander *Wohnig*, Demokratisierung durch Kooperation? Politische Bildung, außerschulische (politische) Jugendarbeit und Schule. In: Moritz Peter *Haarmann*, Steve *Kenner*, Dirk *Lange* (Hg.), Demokratie, Demokratisierung und das Demokratische. Aufgaben und Zugänge der Politischen Bildung (Wiesbaden 2020) 155-176.

19 Ebd. 168f.

20 Gaby *Straßburger*, Judith *Rieger* (Hg.), Partizipation kompakt. Für Studium, Lehre und Praxis sozialer Berufe (Weinheim 2014) 232-233, online unter: www.partizipationspyramide.de (1.2.2021).

DIE RECHTLICHEN GRUNDLAGEN FÜR KINDER- UND JUGENDPARTIZIPATION IN ÖSTERREICH

Bestimmte Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen sind gesetzlich verankert. So heißt es in Artikel 4 der **UN-Kinderrechtskonvention** (1989), die Österreich 1992 anerkannt und 2011 teilweise zu einem **Bundesverfassungsgesetz** aufgewertet hat:

„Jedes Kind hat das Recht auf angemessene Beteiligung und Berücksichtigung seiner Meinung in allen das Kind betreffenden Angelegenheiten, in einer seinem Alter und seiner Entwicklung entsprechenden Weise.“²¹

Für Schulen sind solche Formen der Mitbestimmung im **Schulunterrichtsgesetz** (1974) geregelt, das primär auf die innere Ordnung von Schulen und somit auf das Zusammenwirken zwischen Lehrkräften, SchülerInnen und Erziehungsberechtigten abzielt. § 58 verankert beispielsweise die SchülerInnenmitverwaltung inkl. der Wahl von Klassen- und SchulsprecherInnen, § 64 die Einrichtung eines Schulgemeinschaftsausschusses.²²

Auch der Grundsaterlass zum Projektunterricht (2017) sieht die Partizipation von SchülerInnen vor:

Sie sollen möglichst eigenständig Projekte planen, durchführen und reflektieren und sich dabei „aktiv an der Gestaltung des gesellschaftlichen Umfelds“²³ beteiligen.

Außerhalb des schulischen Bereichs entwickelt die **Österreichische Jugendstrategie**²⁴ gemeinsam mit Jugendlichen Maßnahmen, um Jugendpolitik zu stärken. Ein solches Unterfangen gibt es mit der Europäischen Jugendstrategie, die „die Beteiligung der Jugend am demokratischen Leben und ihr soziales und bürgerschaftliches Engagement“²⁵ stärken möchte, auch auf europäischer Ebene.

Auch auf **Länderebene** ist die Partizipation junger Menschen verankert. In § 4 des Salzburger Jugendgesetzes werden beispielsweise Gemeinden explizit zur Jugendförderung aufgerufen, indem sie Kinder- und Jugendzentren schaffen, einen Kinder- und Jugendbeauftragten einsetzen, Mitbestimmungsmöglichkeiten v.a. bei jugendrelevanten Anliegen etablieren und Jugendorganisationen bei ihrer Gründung sowie ihren Aktivitäten unterstützen.²⁶



Kompetenzfrühstück von jugendornbirn zum Thema „Sicherheit in Vorarlberg“ (<http://jugendornbirn.at>) © jugendornbirn

21 Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Rechte von Kindern, Jahrgang 2011 (BGBl. I Nr. 4/2011), online unter https://rdb.manz.at/document/ris.c.BGBl_I_Nr_4_2011/formats/ris.c.BGBl_I_Nr_4_2011.pdf (1.2.2021).

22 Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Schulunterrichtsgesetz, 46. Stück, Jahrgang 1974 (SchUG 1974), online unter www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1974_139_0/1974_139_0.pdf (1.2.2021).
Wissenswertes für SchülervertreterInnen. Broschüre des Bildungsministeriums, online unter: www.bmbwf.gv.at/dam/jcr:e1de6145-2acb-4978-a328-088e23412809/wissenswertes_sv_09_17624.pdf

23 Grundsaterlass zum Projektunterricht, Rundschreiben des Bundesministeriums Nr. 32/2017, online unter www.bmbwf.gv.at/Themen/schule/schulrecht/rs/1997-2017/2017_32.html (1.2.2021).

24 Bundeskanzleramt, Österreichische Jugendstrategie, online unter www.frauen-familien-jugend.bka.gv.at/jugend/jugendstrategie.html (1.2.2021).

25 EU-Kommission, EU-Jugendstrategie, online unter www.europa.eu/youth/strategy_de (1.2.2021).

26 Gesetz vom 10. Dezember 1998 über die Förderung und den Schutz der Jugend im Land Salzburg (Salzburger Jugendgesetz; LGBl Nr. 24/1999), online unter www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrSbg&Gesetzesnummer=10001122 (1.2.2021).

4 SERVICE-LEARNING – LERNEN DURCH ENGAGEMENT: EIN LEITFADEN FÜR DIE PRAXIS

4.1. SERVICE-LEARNING – EINBETTUNG IN DEN UNTERRICHT

Dauer	ca. 1 Semester
Schulstufe	in allen Schulstufen und Schultypen möglich
Material	Je nach den gewählten Methoden unterschiedlich, empfehlenswert aber zumindest Moderationskärtchen, Flipcharts, Packpapier, Stifte, Pinnwände und weiteres Moderationszubehör für diverse Gesprächssettings
Methode(n)	Partizipatives Projekt zwischen Schulen und Gemeinden, bei dem unterschiedliche Methoden möglich sind
Kompetenzen	Politische Handlungskompetenz, politische Urteilskompetenz
Zielsetzungen	<ul style="list-style-type: none"> • Erleben von zivilgesellschaftlichem Engagement und Stärken von Partizipationsfähigkeit und -bereitschaft • Förderung von sozialem Verantwortungsbewusstsein, Empathiefähigkeit und Kommunikationsfähigkeit • Erkennen der Relevanz von politischen Themen und Fragen für die eigene Lebenswelt • Förderung von Austausch und Kooperation zwischen Schulen und kommunalen AkteurInnen
Lehrplanbezug	Gegenstände zur Politischen Bildung; Unterrichtsprinzip Politische Bildung
Ablauf	<ul style="list-style-type: none"> • Die Klasse findet ein Thema, mit dem sie sich befassen möchte und das für sie und ihr Lebensumfeld relevant ist. • Sie einigt sich auf eine konkrete Projektidee. • Die SchülerInnen planen das Projekt: Wofür wollen sie sich wie engagieren? Was ist dafür nötig? Welche KooperationspartnerInnen können eingebunden werden? Welche Ziele sollen erreicht werden? • Das Projekt wird möglichst eigenständig umgesetzt und die Erfahrungen laufend reflektiert. • Das Projekt wird öffentlichkeitswirksam abgeschlossen.
Quellen und weiterführende Materialien	<p>Schweizer Netzwerk „Service-Learning – Lernen durch Engagement“. Eine Initiative des Migros-Kulturprozent. Service-Learning: Lernen durch Engagement. Ein Leitfaden mit Praxistipps (Zürich 2012).</p> <p>Anne Seifert, Sandra Zentner, Franziska Nagy, Praxisbuch Service-Learning. Lernen durch Engagement an Schulen. Mit Materialien für Grundschule und Sekundarstufe I + II (Weinheim 2019).</p> <p>Anna Mauz, Markus Gloe, Demokratiekompetenz beim Service Learning. Modellentwicklung und Anregungen für die Praxis (Berlin 2019).</p> <p>Cristian D. Magnus, Anne Sliwka, Servicelearning – Lernen durch Engagement (Bundeszentrale für politische Bildung 2014), online unter: www.bpb.de/gesellschaft/bildung/zukunft-bildung/191377/servicelearning-lernen-durch-engagement (1.2.2021).</p>
Zusammenstellung	Kristina Langeder-Höll
Online unter	www.politik-lernen.at/servicelearninggemeinde

4.2. GRUNDLEGENDES ZU SERVICE-LEARNING

Service-Learning ist eine Form des Projektlernens, die zivilgesellschaftliches Engagement außerhalb der Schule mit Schulunterricht kombiniert und soziale sowie demokratische Kompetenzen stärken möchte. Im Zuge dessen können vielfältige Methoden Anwendung finden – wie sich die einzelnen Projektphasen konkret gestalten, ist vom Thema, der Projektidee, den Interessen und Bedürf-

nissen der SchülerInnen, den kommunalen Gegebenheiten sowie den außerschulischen KooperationspartnerInnen abhängig. Um motivierten PädagogInnen der Sekundarstufe I und II den Einstieg in Service-Learning zu erleichtern, wird hier ein Leitfaden präsentiert, der einen prototypischen Projektablauf beschreibt, methodische Anregungen und praktische Tipps zur Umsetzung gibt sowie auf Qualitätskriterien verweist.

> METHODISCHE HINWEISE: WAS IST SERVICE-LEARNING?

Beispiel 1: Eine Klasse lernt im Rahmen eines fächerübergreifenden Projekts über Batterien: In Physik und Chemie erfährt sie, wie eine Batterie funktioniert, in Biologie hingegen über Mülltrennung und -entsorgung. Sie organisiert eine Kampagne, die darauf hinweist, dass Batterien nicht in den Hausmüll gehören. Anlass ist, dass einige Kinder auf dem Weg in die Schule Batterien am Wegesrand liegen sahen.²⁷

Beispiel 2: SchülerInnen befassen sich in Philosophie mit „Schein und Sein“ bei Aristoteles und in Bildnerischer Erziehung mit Fotografie. Sie übertragen diese Kenntnisse auf die sozialen Medien, indem sie eine Fotoausstellung konzipieren, die die Scheinwelt bei Instagram thematisiert. Diese wird im Rathaus ihrer Gemeinde ausgestellt und/oder auf der Gemeindehomepage in Form einer digitalen Ausstellung präsentiert.²⁸

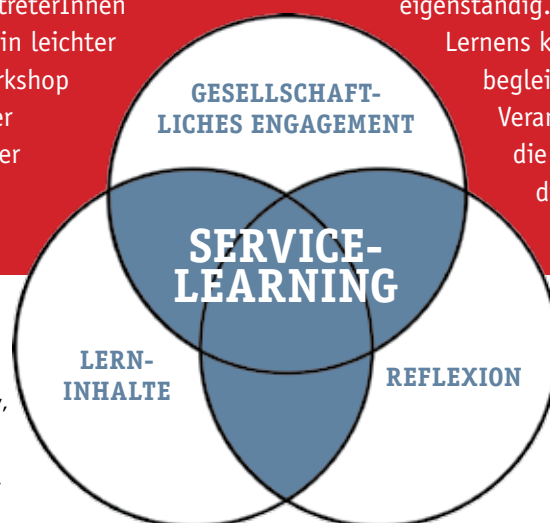
Beispiel 3: SchülerInnen befassen sich in Deutsch mit dem Konzept der „Leichten Sprache“. Sie entwickeln in Kooperation mit GemeindevertreterInnen Infomaterialien und Stadtführer in leichter Sprache und gestalten einen Workshop zum Thema „Schreiben in leichter Sprache“ mit MitarbeiterInnen der Stadt.²⁹

Diese Beispiele zeigen wichtige Grundzüge von Service-Learning auf:

Erstens setzen sich die SchülerInnen für das Gemeinwohl im sozialen, politischen, kulturellen oder ökologischen Bereich ein und greifen für sie relevante Themen auf. Anlass ist dabei oft eine konkrete Beobachtung oder ein Problem, mit dem die SchülerInnen in ihrem Alltag konfrontiert werden.

Zweitens wird diese Form des gesellschaftlichen Engagements mit dem Unterricht in der Schule verknüpft und im Zuge dessen vorbereitet, begleitet und reflektiert. Somit ist Service-Learning kein Tool, das zusätzlich zum regulären Unterricht eingesetzt wird, sondern in diesen integriert ist.

Drittens wird deutlich, dass Service-Learning in doppelter Hinsicht partizipativ ausgerichtet ist: Neben dem gesellschaftlichen Engagement an sich planen und reflektieren die SchülerInnen dieses möglichst eigenständig. Im Sinne eigenverantwortlichen Lernens kommt der Lehrkraft eher eine begleitende Rolle zu. In ihrer Verantwortung liegen vor allem die Definition der Lernziele und die begleitende Reflexion.³⁰



27 Anne Seifert, Sandra Zentner, Franziska Nagy, Praxisbuch Service-Learning. Lernen durch Engagement an Schulen. Mit Materialien für Grundschule und Sekundarstufe I + II (Weinheim 2019) 179.

28 Anna Mauz, Markus Gloe, Demokratiekompetenz beim Service-Learning. Modellentwicklung und Anregungen für die Praxis (Berlin 2019) 7.

29 Ebd.

30 Seifert, Zentner, Nagy, Praxisbuch Service-Learning, 179.

Eigene Grafik: Die drei gleichberechtigten Elemente von Service-Learning: die theoretische Auseinandersetzung mit Themen im Schulunterricht, das Handeln im Zuge gesellschaftlichen Engagements sowie die kontinuierliche Reflexion. Adaptiert von: www.eit.hs-karlsruhe.de/hertz/projekt-hertz/service-learning/was-ist-service-learning.html und www.servicelearning.uni-halle.de/index.php?id=22 (1.2.2021)

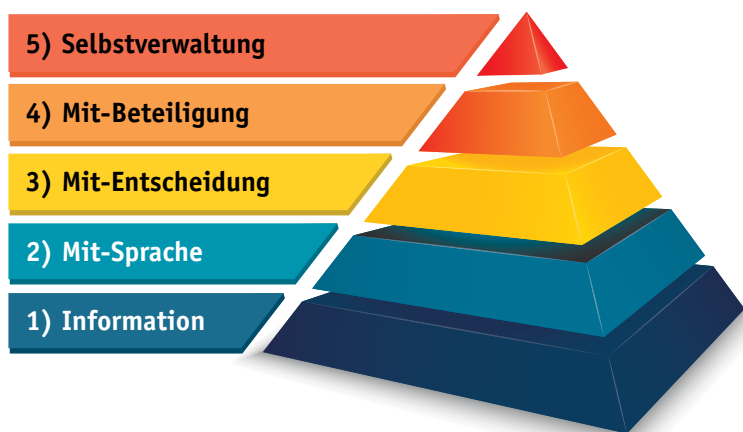
WAS IST DER MEHRWERT VON SERVICE-LEARNING?

Die Methode verdeutlicht die Bedeutung politischer Themen für die Lebenswelt junger Menschen, indem das unterrichtlich vermittelte Wissen praktische Anwendung in der Gemeinde findet sowie die gemachten Erfahrungen im Rahmen Politischer Bildung reflektiert werden.³¹ SchülerInnen stärken ihre sozialen und politischen Kompetenzen und erfahren, was es heißt, sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen. Neben einer positiven Identifikation mit dem Umfeld führt dies zu einem erhöhten Selbstwertgefühl, einer gestärkten Selbstwirksamkeit und in weiterer Folge zu erhöhter Partizipationsbereitschaft.

Darüber hinaus öffnen sich die Schulen dem kommunalen Umfeld, was zu einer stärkeren Vernetzung nach außen und gegenseitiger Anerkennung führt. Das ist einerseits ein guter Baustein, um auch längerfristig mit Gemeinden zu kooperieren. Andererseits können so auch Vorurteile gegenüber anderen ethnischen und sozialen Gruppen abgebaut werden. Die ProjektpartnerInnen erfahren zudem auch Aufmerksamkeit für wichtige Themen, für die die SchülerInnen sensibilisiert werden.

Durch die fächerübergreifende Ausrichtung von Service-Learning werden neue Kommunikations- und Kooperationsformen im Lehrkräftekollegium etabliert.³²

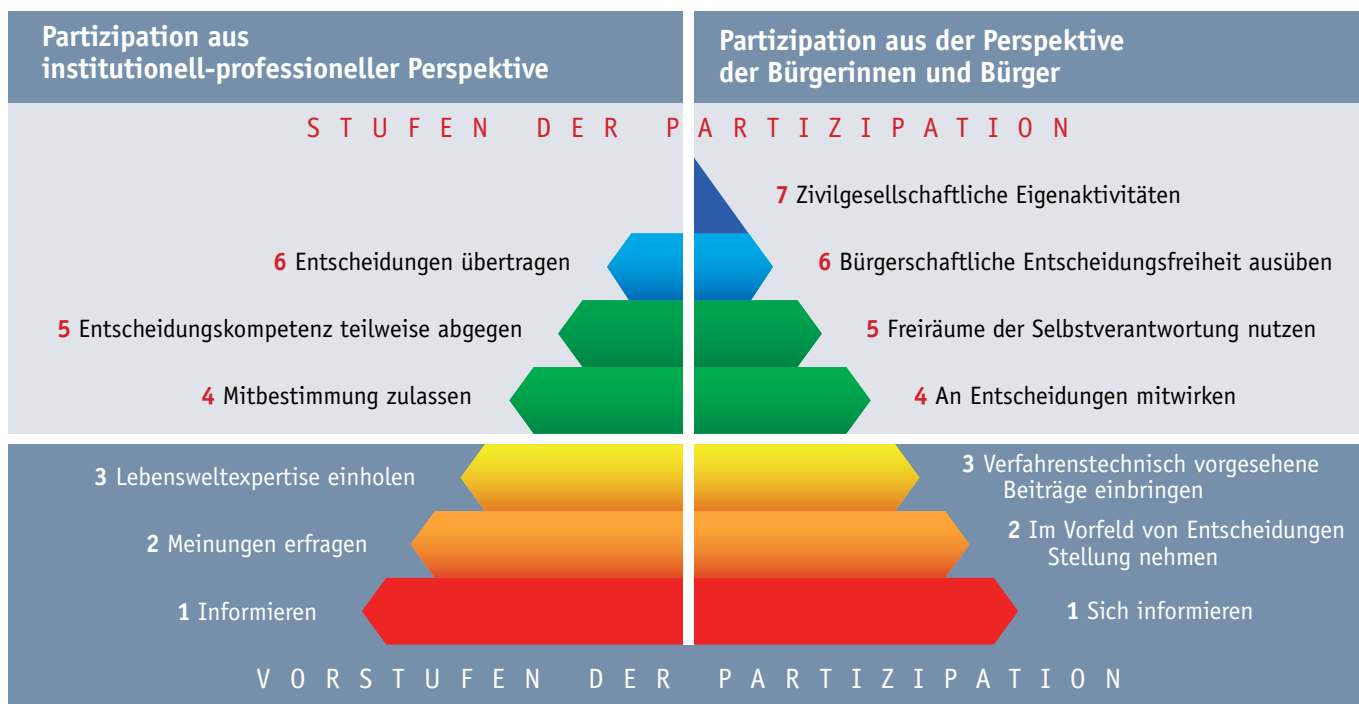
STUFEN DER PARTIZIPATION



Es gibt unterschiedliche Modelle, wie die Stufen und Qualität von Partizipation dargestellt werden. Das bekannteste ist das Stufenleitermodell der Partizipation nach Hart (1992, 1997). Eine sehr anschauliche und einfache Version wurde im Rahmen von „funtasy-projects.ch“ entwickelt, eine ausgefeiltere Variante gibt es von Straßburger und Rieger 2014.

Links: Eigene Grafik nach der Partizipationspyramide aus „funtasy-projects.ch“ (inzwischen offline)

PARTIZIPATIONSPYRAMIDE NACH STRASSBURGER UND RIEGER 2014: www.partizipationspyramide.de



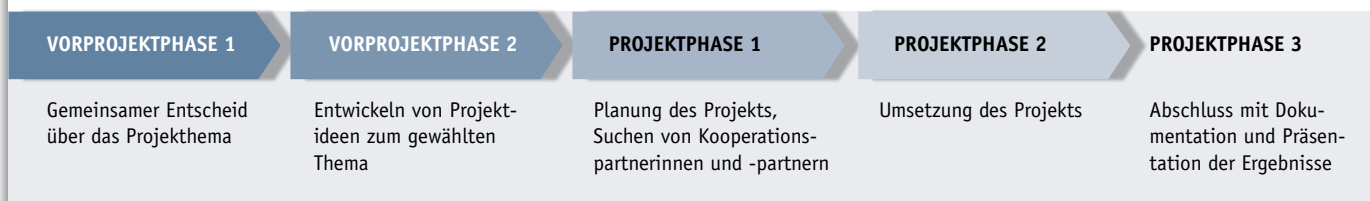
Eigene Grafik nach: Straßburger/Rieger (Hg.), Partizipation kompakt – Für Studium, Lehre und Praxis sozialer Berufe, 2014, 232f.

31 Cristian D. Magnus, Anne Sliwka, Servicelearning – Lernen durch Engagement (Bundeszentrale für politische Bildung 2014) 3f., online unter: www.bpb.de/gesellschaft/bildung/zukunft-bildung/191377/servicelearning-lernen-durchengagement (1.2.2021).

32 Ebd. Vgl. auch Seifert, Zentner, Nagy, Praxisbuch Service-Learning, 179.

4.3. PROJEKTVERLAUF

Projektphasen eines Service-Learning-Projekts



Eigene Grafik: Die Phasen eines Service-Learning-Projekts [adaptiert nach: Schweizer Netzwerk „Service-Learning – Lernen durch Engagement“. Eine Initiative des Migros-Kulturprozent. Service-Learning: Lernen durch Engagement. Ein Leitfaden mit Praxistipps (Zürich 2012) 13].

Die folgenden Ausführungen stützen sich primär auf die adaptierbare Beschreibung eines prototypischen Projektverlaufs des Schweizer Netzwerks „Service-Learning – Lernen durch Engagement“. Eine Initiative des Migros-Kulturprozent.³³

1. PHASE: THEMA FINDEN

Es empfiehlt sich, in die erste Phase der Ideenfindung ausreichend Zeit zu investieren, um das Projekt auf einen guten Weg zu bringen. Zunächst werden mögliche Themen gesammelt, diskutiert und auf ihre Relevanz hin geprüft, bevor sich die SchülerInnen auf eine konkrete Projektidee einigen. Die Themenfindung kann sich u.a. durch Recherchen im sozialen Nahraum ergeben, z.B. mit der Methode > **GemeindedetektivInnen** (s. S. 19).

2. PHASE: PROJEKTIDEE KONKRETISIEREN

Hat sich die Klasse auf ein Thema geeinigt, geht es in einem nächsten Schritt darum, eine konkrete Projektidee zu entwickeln. Dafür eignen sich alle gängigen Methoden der Ideenfindung und des Brainstormings, z.B. die Mindmap-, die Disney- oder die Metaplanmethode (s. Methodentipp). Dies ist ein Prozess, der durchaus mehr Zeit in Anspruch nehmen kann und darf: Hier geht es auch darum, die eingebrachten Ideen auf ihre Realisierbarkeit hin zu prüfen. Dies kann mit weiteren Rechercharbeiten wie z.B. einer > **ExpertInnenbefragung** (s. S. 19) verbunden sein.

> **Praxistipp:** Um Kontinuität zu gewährleisten, sind verbindliche und regelmäßige Zeitfenster sinnvoll, in denen die Klasse am Projekt arbeitet (z.B. zwei Unterrichtseinheiten pro Woche).

> METHODENTIPP: METAPLANMETHODE

Altersgruppe: ab 14 Jahren

Dauer: mind. 1 UE

Gruppengröße: ca. 15 Personen

Materialien: Moderationskärtchen, Kreppband, Stifte, Pinnwand/Tafel/Flipchart

Ablauf: Zunächst notieren die SchülerInnen ihre Ideen in Einzelarbeit auf Moderationskärtchen, die sie anschließend an einer Pinnwand, Tafel o.Ä. für alle sichtbar anbringen. Diese Ideen werden gemeinsam gesichtet, thematisch geclustert und gegebenenfalls gewichtet.

Quelle: Gerd *Brenner*, Kira *Brenner*, Methoden für alle Fächer. Sekundarstufe I und II (Berlin 2011) 161-162.

3. PHASE: PROJEKT PLANEN

Haben sich die SchülerInnen auf eine konkrete Projektidee geeinigt, definieren sie in einem nächsten Schritt wichtige Ziele, die sie damit erreichen wollen. Die SMART-Formel hilft bei der Formulierung dieser Ziele (**s**pezifisch, **m**essbar, **a**kzeptiert, **r**ealistisch, **t**erminierbar).

³³ Schweizer Netzwerk „Service-Learning – Lernen durch Engagement“. Eine Initiative des Migros-Kulturprozent. Service-Learning: Lernen durch Engagement. Ein Leitfaden mit Praxistipps (Zürich 2012).

Eine Orientierung an folgenden W-Fragen kann die Planung erleichtern:

Phase Projektplanung: W-Fragen

WAS?

- Die SchülerInnen einigen sich auf eine konkrete Idee und klären, was sie sich darunter genau vorstellen.

WARUM?

- Die SchülerInnen legen fest, welche Ziele sie mit dem Projekt erreichen wollen.

WER?

- Die SchülerInnen überlegen sich, wem das Projekt nützen soll.
- Sie klären, welche außerschulischen Personen und Institutionen sie in welcher Form einbinden wollen und können.

WIE?

- Die SchülerInnen erstellen einen Aufgaben- und Zeitplan.
- Es wird geklärt, ob das Projekt ein Budget braucht und wie hoch dieses sein soll.

> **Praxistipp:** Eine Einteilung der SchülerInnen in Gruppen, denen bestimmte Aufgabenbereiche und Unterthemen zugeordnet werden, erleichtert den Arbeitsprozess. Jede Gruppe wird von einer/einem GruppenleiterIn geführt.

Idealerweise werden außerschulische KooperationspartnerInnen z.B. in Form eines gemeinsamen Kick-off-Treffens bereits so früh wie möglich in das Projekt eingebunden, um gegenseitige Erwartungen abzuklären, das Gemeinschaftsgefühl zu stärken sowie die Verbindlichkeit zu erhöhen. Die zuvor von der Klasse festgelegten Ziele dienen dabei als Basis, anhand derer Aufgaben und Verantwortlichkeiten aller Beteiligten definiert werden. Diese können schriftlich in Form einer Kooperationsvereinbarung festgehalten werden.

In dieser Phase erstellen die SchülerInnen auch einen > **Projektplan**, der dabei hilft, den Überblick zu behalten und den Projektfortschritt nicht aus den Augen zu verlieren.

> **METHODENTIPP: PROJEKTPLANRASTER**

Altersgruppe: ab 12 Jahren

Dauer: ca. 1-2 UE

Gruppengröße: ca. 20 Personen

Material: Packpapier, Stifte, Moderationskärtchen/Post-Its

Ablauf: Die SchülerInnen zeichnen den Projektplan auf einer langen Bahn Packpapier auf. In einem

Raster werden senkrecht die Aufgaben und waagrecht die Zeitschiene eingetragen. Es empfiehlt sich, diese auf Post-its oder Moderationskärtchen zu schreiben und darauf zu kleben, um flexibel auf etwaige Veränderungen reagieren zu können.

Quelle und Kopiervorlagen: Anne Seifert, Sandra Zentner, Franziska Nagy, Praxisbuch Service-Learning. Lernen durch Engagement an Schulen. Mit Materialien für Grundschule und Sekundarstufe I + II (Weinheim ²2019) 200-202.

4. PHASE: PROJEKT UMSETZEN

Diese Phase gestaltet sich sehr individuell. Allgemein lässt sich aber festhalten, dass neben fächerübergreifendem, begleitendem Unterricht die Reflexion in dieser Phase wesentlich ist: Zunächst ist es wichtig, wie es den SchülerInnen mit den gemachten Erfahrungen geht. Als Methoden bieten sich beispielsweise ein individuelles Lerntagebuch, verschiedene Gesprächsformen wie etwa eine Fishbowl- oder eine Kugellager-Diskussion oder der sogenannte > „**Baum der Erkenntnis**“ an.



> METHODENTIPP: BAUM DER ERKENNTNIS

Altersgruppe: ab 12 Jahren

Dauer: 1-2 UE

Gruppengröße: ca. 20-25 Personen

Material: Flipchart, Stifte, verschiedenfarbige Moderationskärtchen

Ablauf: Auf einem großen Bogen Papier zeichnen die SchülerInnen die Umrisse eines Baumes mit Krone und Stamm auf. Sie erhalten verschiedenfarbige Moderationskärtchen, die sie beschriften und als

Früchte auf den Baum kleben können: Auf rote Kärtchen (reife Früchte) schreiben sie positive Erfahrungen und Erlebnisse. Auf grüne Kärtchen (zarte Knospen) schreiben sie Dinge, die sie noch verbessern möchten. Auf gelben Zetteln (Fallobst) halten die SchülerInnen Fehlgeschlagenes und weniger schöne Erfahrungen fest.

Quelle und weitere Ideen: Anne Seifert, Sandra Zentner, Franziska Nagy, Praxisbuch Service-Learning. Lernen durch Engagement an Schulen. Mit Materialien für Grundschule und Sekundarstufe I + II (Weinheim 2019) 207-212.

Darüber hinaus ist es aber auch wichtig, mit dem Projekt in Zusammenhang stehende gesellschaftliche und politische Themen zu explizieren, denn nur wenn diese Verknüpfung gelingt, werden die wesentlichen Ziele des Service-Learning-Ansatzes erreicht.³⁴

6. PHASE: PROJEKT ABSCHLIESSEN

Am Ende des Projekts geht es darum, ein Resümee zu ziehen, die gemachten Erfahrungen innerhalb und außerhalb der Schule auszuwerten und Möglichkeiten für zukünftige Aktivitäten und Kooperationen auszuloten. Nach einer individuellen Phase treffen sich alle am Projekt Beteiligten zur gemeinsamen Reflexion. Zusätzlich geht es auch darum, die erbrachten Leistungen und Erfahrungen zu honorieren und für die Öffentlichkeit sichtbar zu machen, z.B. durch:

- Frühstück mit den Eltern inkl. Projektpräsentation
- Öffentliche Verleihung von Zertifikaten oder Auszeichnungen an die Klasse/Schule
- Feier für und mit allen Beteiligten
- Ausstellung der Ergebnisse und Präsentation in der Gemeinde
- Artikel in der Gemeindezeitung³⁵

Der Abschluss umfasst keine Benotung des gesamten Service-Learning-Projekts. Wohl aber können bestimmte Teilleistungen, wie z.B. eine Präsentation zum Thema, ein ExpertInnen-Interview oder ein Artikel für die Schulzeitung benotet werden.

Qualitätskriterien³⁶

- **Realer Bedarf:** Das Engagement der SchülerInnen reagiert auf einen realen Bedarf in der Gemeinde oder Gesellschaft. Die von ihnen übernommenen Aufgaben werden von den Beteiligten als sinn- und bedeutungsvoll wahrgenommen.
- **Curriculare Anbindung:** Service-Learning ist Teil des Unterrichts und das Engagement wird mit Unterrichtsinhalten verknüpft.
- **Reflexion:** Es findet eine regelmäßige und geplante Reflexion der Erfahrungen der SchülerInnen statt.
- **SchülerInnenpartizipation:** Die SchülerInnen sind aktiv an der Planung, Vorbereitung und Ausgestaltung von Service-Learning beteiligt.
- **Engagement außerhalb der Schule:** Das praktische Engagement der SchülerInnen findet außerhalb der Schule und in Zusammenarbeit mit EngagementpartnerInnen statt.
- **Anerkennung und Abschluss:** Das Engagement und die Leistungen der SchülerInnen werden durch Feedback im gesamten Prozess und bei einem anerkennenden Abschluss gewürdigt.

³⁴ Mauz, Gloe, Demokratiekompetenz, 8.

³⁵ Schweizer Netzwerk, Service-Learning, 17.

³⁶ Stiftung Lernen durch Engagement. Service-Learning in Deutschland, Qualitätsstandards für Lernen durch Engagement, online unter www.servicelearning.de/lernen-durch-engagement/lde-qualitaetsstandards (1.2.2021).

5 UNTERRICHTS-/PROJEKTIDEEN



WAS GEFÄLLT UNS AN UNSERER GEMEINDE (NICHT)?

Altersgruppe: ab 8 Jahren

Dauer: ca. 2 UE (inkl. Fotografieren)

Gruppengröße: ca. 8-28 Personen

Materialien: Papier, Stifte, Pinnwand

Ablauf: Die SchülerInnen sollen mindestens eine Sache fotografieren, die ihnen in der Gemeinde gefällt und eine Sache, die ihnen nicht gefällt. Diese Fotos werden ausgedruckt und in der Klasse gemeinsam thematisch geordnet, auf Plakate geklebt und beschriftet. Dabei soll Positives wie Negatives konkret benannt werden. Die Plakate werden an Gemeindeverantwortliche übergeben.

Quelle: ZpB Fondatioun. Zentrum für politesch Bildung (Hg.), Von Gemeinden und Wahlen (duerchbléck! Politik verstoen 1, Walferdange 2017) 7, online unter https://zpb.lu/wp-content/uploads/2020/09/Gemeinden_ZpB_Duerchbleck_V1-VERSION-FINALE-24.8.17.pdf (1.2.2021).

UNTERWEGS ALS GEMEINDEDETEKTIVINNEN

Altersgruppe: ab 11 Jahren

Dauer: ca. 1 UE (Durchführung) und 2 UE (Reflexion)

Gruppengröße: keine Beschränkung

Materialien: Protokollbogen, Stifte

Ablauf: Die SchülerInnen erforschen als GemeindegemeindegewohnerInnen die Wünsche und Bedürfnisse von GemeindegewohnerInnen. Dazu werden sie in Kleingruppen eingeteilt. Sie gehen durch die Gemeinde und fragen PassantInnen, was ihnen an ihrem Wohnort gut gefällt, wo sie Probleme sehen und was sie sich wünschen würden. Die Antworten halten die SchülerInnen auf einem zuvor vorbereiteten Protokollbogen fest, den sie anschließend gemeinsam auswerten. Danach werden die Themen in der Klasse präsentiert und diskutiert. Die Ergebnisse können als Basis für ein Projekt dienen.

Quelle & Kopiervorlagen: Schweizer Netzwerk „Service-Learning – Lernen durch Engagement“. Eine Initiative des Migros-Kulturprozent. Service-Learning: Lernen durch Engagement. Ein Leitfaden mit Praxistipps (Zürich 2012) 13f.

EXPERTINNEN-INTERVIEW

Altersgruppe: ab 11 Jahren

Dauer: 1 UE (Durchführung)

Gruppengröße: keine Beschränkung

Materialien: Aufnahmegeräte, Fragenkatalog/Interviewleitfaden

Ablauf: Die SchülerInnen interviewen verschiedene AkteurInnen in ihrer Gemeinde (z.B. BürgermeisterIn, Gemeinderat/-rätin, SozialarbeiterIn, PflegerIn, etc.) zu einem konkreten Thema, mit dem sie sich beschäftigen. Dazu arbeiten sie zunächst einen Interviewleitfaden oder einen Fragenkatalog aus und führen das Interview in Kleingruppen durch. Dieses wird aufgenommen, ausgewertet und zum Beispiel in der Schülerzeitung oder auf der Homepage der Gemeinde veröffentlicht.

Quelle & weiterführende Materialien: Anne Seifert, Sandra Zentner, Franziska Nagy, Praxisbuch Service-Learning. Lernen durch Engagement an Schulen. Mit Materialien für Grundschule und Sekundarstufe I + II (Weinheim 2019) 193f; Gerd Brenner, Kira Brenner, Methoden für alle Fächer. Sekundarstufe I u. II (Berlin 2011) 122f.

ZUKUNFTSWERKSTATT

Altersgruppe: ab 8 Jahren

Dauer: mind. 1 Tag

Gruppengröße: keine Beschränkung

Materialien: Moderationskärtchen, Pinnwände, Flipcharts, Stifte, genügend Räume für die Gruppenarbeiten und Plenarphasen

Ablauf: SchülerInnen und GemeindevertreterInnen treffen sich, um gemeinsam im Zuge einer Zukunftswerkstatt zu einem für die Lebenswelt der Beteiligten relevanten Thema zu arbeiten (z.B. „Freizeitangebote in der Gemeinde“). Die Diskussion soll auf Augenhöhe stattfinden und einen Anreiz zu politischer Partizipation geben. In drei Phasen arbeiten die Beteiligten an der Problemfindung und -lösung, wobei zuzüglich je eine vor- und nachbereitende Phase empfehlenswert ist:

- **Vorbereitungsphase:** Vorbereiten der Räume, Vorstellen der Methode und des Themas etc.
- **Kritikphase:** Gemeinsam werden Kritikpunkte in kurzen Worten auf Kärtchen geschrieben und mit Beispielen versehen. Die Karten werden vorgelesen und gut sichtbar in die Mitte des Raumes gelegt, aber noch nicht diskutiert.
- **Phantasiephase:** Die Ideen werden diskutiert. Hier dürfen Utopien entworfen werden und Ideen gesammelt werden, ohne sie auf ihre Realisierbarkeit zu überprüfen: Alles ist möglich! Die Utopie sollte so konkret und lebendig wie möglich ausgestaltet werden.
- **Verwirklichungsphase:** In dieser Phase wird die Utopie konkretisiert: Was soll und kann wie erreicht werden? Daraus wird ein Projekt entwickelt, das an der Schule und/oder in der Gemeinde umgesetzt werden kann. Ein erster Projektplan wird erstellt sowie Finanzierungsmöglichkeiten diskutiert.
- **Nachbereitungsphase:** „Blitzlicht“, Aussprache

Quelle: Siegfried Frech, Zukunftswerkstatt.
In: Sabine Achour, Siegfried Frech, Peter Massing, Veit Straßner (Hg.), Methodentraining für den Politikunterricht (Frankfurt/M. 2020) 189-193.

KOMMUNALE MENSCHENRECHTSREPORTERINNEN

Altersgruppe: 10-13 Jahre

Dauer: 1-2 UE

Gruppengröße: ca. 8-24 Personen

Materialien: kinderfreundliche Version der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und Kinderrechte, Karte der Gemeinde, Smartphones

Ablauf: Bei dieser Übung begeben sich die SchülerInnen als MenschenrechtsreporterInnen durch die Gemeinde. Zu einem bestimmten Themenschwerpunkt oder einer Fragestellung werden kommunale Institutionen kritisch unter die Lupe genommen und die Erkenntnisse z.B. in Form von Fotografien festgehalten. Dazu bearbeiten die SchülerInnen im Vorfeld eine kinderfreundliche Version der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sowie der Kinderrechtskonvention und unterstreichen darin themenrelevante Artikel. Nachbereitet wird die Übung, indem die Erkenntnisse gemeinsam diskutiert und idealerweise politischen EntscheidungsträgerInnen präsentiert werden, mit denen mögliche Verbesserungen besprochen werden.

Quelle (adaptiert) & weiterführende Materialien: Pädagogische Hochschule Luzern. Compasito, Compasito-Reporter, online unter [www.compasito-zmrb.ch/uebungen/index.html@tx_browser_pi1\[showUid\]=9&cHash=09d4293c5c.html](http://www.compasito-zmrb.ch/uebungen/index.html@tx_browser_pi1[showUid]=9&cHash=09d4293c5c.html) (1.2.2021).

KONFLIKTANALYSE

Altersgruppe: ab 14 Jahren

Dauer: 2-3 UE

Gruppengröße: keine Beschränkung

Materialien: Papier, Stifte, eventuell Moderationszubehör

Ablauf: Gibt es im Kommunalraum einen Konflikt, bietet es sich an, diesen mithilfe einer Konfliktanalyse zu thematisieren:

- Worin besteht der Konflikt? Was sind die Aufgaben der Politik?
- Welche Machtverhältnisse spiegeln sich im Konflikt wider?
- Welche Institutionen sind am Konflikt beteiligt? Wie beeinflussen sie ihn? Wer ist vom Konflikt betroffen?
- Welche Rechtsnormen kommen zum Tragen?
- Wie komplex ist der Konflikt? Mit welchen anderen Aspekten und Themen ist er verflochten?
- Welche Ziele verfolgen die beteiligten AkteurInnen?
- Inwiefern achten die Konfliktparteien auf die Folgen politischer Entscheidungen für die Gegenseite? Welche Koalitionen und Kooperationen gehen sie ein, um ihre eigenen Interessen besser verfolgen zu können?
- Auf welchen normativen Ordnungsvorstellungen beruhen die Handlungen der AkteurInnen?
- Wie ist der Konflikt historisch gewachsen?

In arbeitsteiligen Gruppen können die SchülerInnen die Handlungsoptionen der zentralen AkteurInnen analysieren, durchspielen und im Plenum präsentieren.

Quelle: Veit *Straßner*, Konfliktanalyse. In: Sabine *Achour*, Siegfried *Frech*, Peter *Massing*, Veit *Straßner* (Hg.), Methodentraining für den Politikunterricht (Frankfurt/M. 2020) 128-131.

GEMEINDERATSSITZUNG SIMULIEREN

Altersgruppe: ab 11 Jahren

Dauer: 2 UE

Gruppengröße: keine Beschränkung

Materialien: Papier, Stifte, Arbeitsblätter (Rollenkarten, Was soll entschieden werden?)

Ablauf: Nach einer Hinführung zum Thema und dem Austeilen der Arbeitsblätter werden die SchülerInnen in verschiedene, in etwa gleich große Gruppen eingeteilt. Jede Gruppe entspricht einem kommunalpolitischen Akteur, z.B. den vertretenen Parteien oder dem Jugendbüro. Diese diskutieren zunächst intern ihre Positionen, bevor sie sich alle im Gemeinderat zusammenfinden und den zu entscheidenden Antrag besprechen. Der Vorsitz wird vom Bürgermeister/der Bürgermeisterin geführt. Diskutiert wird so lange, bis ein Vorschlag die Mehrheit der Ratsmitglieder findet. Zwischendurch können sich die Gruppen nochmals zu Beratungen zurückziehen.

Quelle & Kopiervorlagen: ZpB Fondatioun. Zentrum für politesch Bildung (Hg.), Von Gemeinden und Wahlen (duerchbléck! Politik verstoen 1, Walferdange 2017) 8-11, online unter https://zpb.lu/wp-content/uploads/2020/09/Gemeinden_ZpB_Duerchbleck_V1-VERSION-FINALE-24.8.17.pdf (1.2.2021)

6 LINKS UND MATERIALIEN

Österreichischer Gemeindebund

Der Österreichische Gemeindebund ist seit 1947 die kommunale Interessensvertretung von 2.084 der insgesamt 2.095 österreichischen Gemeinden und Städte auf Bundesebene und repräsentiert damit insgesamt rund 70 Prozent der österreichischen Bevölkerung.

- Informationen zu BürgermeisterInnen, Karte zur Visualisierung von Geschlechterverhältnissen, Auswertung einer Befragung von 530 österreichischen BürgermeisterInnen
<https://gemeindegund.at/buergermeister-und-buergermeisterinnen>
- Video mit Zahlen, Daten und Fakten zu Gemeinden
<https://gemeindegund.at/zahlen-und-fakten-gemeindefilm-videos>
- Interaktive Abbildung mit zusammengefassten Informationen zu Gemeinden
<https://gemeindegund.at/buergermeister-und-buergermeisterinnen-was-unsere-gemeinden-leisten>
- Zur Gemeindestruktur in Österreich
<https://gemeindegund.at/themen-zahlen-und-fakten-struktur-der-gemeinden>

Österreichischer Städtebund

Kommunale Interessenvertretung von insgesamt 259 Städten und größeren Gemeinden.

www.staedtebund.gv.at

Partizipation & nachhaltige Entwicklung in Europa

Informationen rund um das Thema Partizipation.

- Beteiligungsformen, Methoden und Qualitätskriterien
www.partizipation.at/626.html
- Mitgestalten in der Schule
www.partizipation.at/627.html
- Mitgestalten in der Planung
www.partizipation.at/628.html

beteiligung.st

Fachstelle für Kinder-, Jugend- und BürgerInnenbeteiligung in Graz. Das Angebot umfasst Beratung und Begleitung von Gemeinden, Workshops und Werkstätten für Kinder und Jugendliche, Politische Bildung, Kindergemeinderat und Jugendforum, Mitbestimmungsmodelle.

www.beteiligung.st

jugendornbirn

Die Jugendbeteiligung in Dornbirn ist als Verein institutionalisiert. Auf der Website finden sich neben Informatio-

nen zu den Angeboten auch Materialien, Beispielprojekte und grundlegende Informationen zu Partizipation und Jugendkultur.

www.jugendornbirn.at

Schule trifft Gemeinde

Im Rahmen des ÖKOLOG-Programms, dessen Ziel eine nachhaltige ökologische und soziale Schulentwicklung ist, werden auch Schule-Gemeinde-Kooperationen gefördert. Die Website bietet Tipps zur Umsetzung von Kooperationsprojekten sowie Beispiele aus rezenten Projekten.
www.oekolog.at/f%C3%BCr-den-unterricht/schule-trifft-gemeinde

Digitales Handbuch für

Schule-Gemeinde-Kooperationen

Anleitung für Schule-Gemeinde-Kooperationen zum Thema Nachhaltigkeit mit zahlreichen Praxisbeispielen.

www.politik-lernen.at/dl/pplrJMJKomlnMJqx4KJK/CoDeS-Digitales_Handbuch_dt_web-2_pdf

Service-Lernen

Erklärungen und Informationen zum didaktischen Konzept des Service-Lernens.

www.eit.hs-karlsruhe.de/hertz/projekt-hertz/service-learning/was-ist-service-learning.html

Partizipation von Jugendlichen einfach erklärt

Erklärvideo von explanity.

www.youtube.com/watch?v=eJPNNPG1t3w

Meine Gemeinde, mein Zuhause



Österreichischer Gemeindebund, 2021. 32 Seiten.

In diesem Kinderbuch ab der 3. Schulstufe werden die Aufgaben der Gemeinden beschrieben. Begleitet werden die Kinder von Katze Lisi und Hund Franz, die den Kindern

Verständnisfragen stellen und sie dazu auffordern Aufgaben zu lösen. Das Buch eignet sich unter anderem auch als Vorbereitung für den Besuch eines Gemeindeamts. Es kann von Schulen zum Selbstkostenpreis von 1,00 € pro Exemplar für die gesamte Klasse bestellt werden. Auf der Website ist auch ein PDF bereitgestellt. <https://gemeindegund.at/kinderbuch>

BLICK ÜBER DIE GRENZE | WEITERE DEUTSCHSPRACHIGE TIPPS

Deutschland

- Gemeinden und kommunale Selbstverwaltung in Deutschland
www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202028/gemeinden-kommunale-selbstverwaltung?p=0
- Allgemeiner Artikel zu Gemeinden, auf Deutschland bezogen, als Grundlage für Vergleiche
www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-demokratie/39377/gemeinden
- Video zu den Aufgaben von Gemeinden, auf Deutschland bezogen, jedoch weitgehend auch für Österreich zutreffend
www.youtube.com/watch?v=gQ3xR-nacFk
- Handreichung zu Schule und kommunaler Jugendbeteiligung
www.lpb-bw.de/publikation3508

Schweiz

Video zu Föderalismus von: ch.ch – das offizielle Portal der Schweizer Behörden von Bund, Kantonen und Gemeinden
www.youtube.com/user/chchportal/about

Luxemburg

Von Gemeinden und Wahlen: Deutschsprachiges Material des Luxemburgischen Zentrums für Politische Bildung mit Unterrichtsplanungen
https://zpb.lu/pedagogical_cpt/duerchbleck-1/?lang=de



BEITRAG ZUR LESEFÖRDERUNG



Juli Zeh: Unterleuten

München: Luchterhand
Literaturverlag, 2016.
640 Seiten.

Ab 16 Jahren

Der „Dorfroman“ spielt im fiktiven Dorf Unterleuten in Brandenburg. Der geplante Bau eines

Windparks bringt das Dorfgefüge durcheinander. Rund um die unterschiedlichen Interessenslagen der DorfbewohnerInnen entwickelt sich die Handlung. Es geht um alte Rechnungen, Feindschaften, Freundschaften, Beziehungen, die Funktionen und Rollen in einer Dorfgemeinschaft.

Zum Roman bzw. zum fiktiven Dorf Unterleuten existiert eine eigene Website:

<https://unterleuten.de>



BHS-DIPLOMARBEIT.AT

Themenvorschläge für vorwissenschaftliche Arbeiten und Diplomarbeiten

- Mitbestimmung in Gemeinden: Formen der Mitbestimmung auf Gemeindeebene und in der eigenen Gemeinde, Rolle der StaatsbürgerInnenenschaft
- Politische Partizipation von Kindern und Jugendlichen: Möglichkeiten auf den unterschiedlichen Ebenen (Europa, Bund, Land, Gemeinde), Entwicklungen in den letzten Jahrzehnten
- Partizipation in der Schule: Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte von SchülerInnen, Grundsatzentlass zum Projektunterricht
- Methoden und Ansätze der BürgerInnenbeteiligung auf Gemeindeebene
- Digitale BürgerInnenbeteiligung in Gemeinden
- Partizipative Haushaltsplanung in Gemeinden



Begriffsklärungen in leicht verständlicher Sprache finden sich im Politiklexikon für junge Leute, z.B. zu

BÜRGERMEISTER/BÜRGERMEISTERIN

www.politik-lexikon.at/buergermeister-buergermeisterin

GEMEINDE www.politik-lexikon.at/gemeinde

GEMEINDERAT www.politik-lexikon.at/gemeinderat

GEMEINDEVORSTAND

www.politik-lexikon.at/gemeindevorstand

STADTRAT/STADTRÄTIN

www.politik-lexikon.at/stadtrat-stadtraetin



polis aktuell 1/2021:

Die Gemeinde als politische Akteurin

AutorInnen: Kristina Langeder-Höll,
Lorenz Prager, Patricia Hladschik

Titelbild: freepik

Grafische Elemente: freepik, Wikimedia,
commons, Wikipedia.org, pixabay.com

Grafik: Susanne Klocker

Herausgeber:

Zentrum *polis* –

Politik Lernen in der Schule
Helferstorferstraße 5, 1010 Wien
T 01/353 40 20

- > service@politik-lernen.at
- > www.politik-lernen.at
- > twitter.com/Zentrum_polis
- > www.facebook.com/zentrumpolis

Zentrum *polis* arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Abteilung I/1 [Politische Bildung]. Projektträger: Wiener Forum für Demokratie und Menschenrechte

Monatlicher Newsletter:

- > www.politik-lernen.at/newsletter

Die letzten Ausgaben auf einen Blick:

